

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 4.80 M., bei Selbstabholung 4.25 M. — Durch die Post bezogen (nur bis 31. März) vierteljährlich 8.00 M., für 1 Monat 2.20 M. (Vorstelldienst vierteljährlich 90 Pf., monatlich 30 Pf.). Postkontonr. 53 477.

Redaktion: Leipzig, Lauhaer Straße 19/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Fernsprecher: 18 688.

Inseratenpreise: Die 7spaltige Petitzeile 1.85 M. — Die 7spaltige Petitzeile mit Plagvorschrift 1.85 M. — Die 7spaltige Petitzeile Familiennachrichten 1.40 M. Die Reklame-Petitzeile 8.25 M. Schluß der Annahme von Inseraten für die künftige Nummer früh 0 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Lauhaer Straße 19/21; Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

## Neuwahlen voraussichtlich im Herbst.

### Der Plaghaller der Monarchie.

Was Ludendorff nicht gesagt — haben will!

Doch kaum war ihm das Wort entfahren, möcht' er's im Busen gern bewahren... Herr Ludendorff nämlich. Er hat der Verfassungskandidatur Hindenburg einen Bärendienst geleistet. Wie dem Leipziger Tageblatt am Dienstagabend telegraphiert wurde, hat Ludendorff in einer Versammlung in Oberwalde, in der ein ehemaliger Generalsadjutant vom deutschnationalen Standpunkt aus über die politische Lage sprach und für die Verfassungskandidatur Hindenburgs eintrat, sich plötzlich erhoben, um zu verkünden, Generalstabmarschall von Hindenburg sei der geeignete und beste Plaghaller bis zur Wiederkehr einer Monarchie.

Diese offene Aufdeckung der Karten, die freilich nicht deshalb bemerkenswert ist, weil sie etwa Neues sagte — denn wäher halbwegs vernünftige Mensch wüßte das nicht! — sondern weil sie etwas eingeleitet, was die unerschlichen deutschnationalen Mäcker der angeblich „über den Parteien“ stehenden Kandidatur vorsetzen müßten — in diesen Verhältnissen nämlich sehr unheimlich. Unter ihrem Druck hat sich Herr Ludendorff schließlich zu einer — Umdeutung seiner unbedingten Worte verstehen müssen. Der Leipziger Neuesten Nachrichten ist folgendes ein Demenst anzuhängen, das die „Entscheidung“ also abzuleugnen sucht: General Ludendorff habe, als in der Versammlung auch von der Wiederherstellung der Monarchie die Rede gewesen, entgegen, nach seiner Meinung sei die Kandidatur Hindenburgs der geeignete Sammelplatz, auf den sich alle Deutschen, einzelnd, ob sie Republikaner oder Monarchisten sind, einigen können.

Wir überlassen es dem denkenden Leser zu beurteilen, ob ein solches „Mißverständnis“ wie diese Klugemanns voranschickbar ist. Der Zuhörer, der die Rede vom „Plaghaller“ gehört hat, müßte sich ja geradezu sonderbar „verhört“ haben. Schon deshalb liegt die Beschuldigung des deutschnationalen Leipziger Blattes mehr als wärchenhaft, ganz abgesehen von der arsten inneren Wahrscheinlichkeit der Rede vom Plaghaller, die ja doch nur die Wahrheit ausdrückt!

### Die Schuld am Kriegsausbruch.

Berlin, 10. März. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) In einem Aufsatz im Vorwärts veröffentlicht Eduard Bernstein einen bisher in Deutschland unbekannt gebliebenen Brief des Präsidenten Poincaré, den dieser am 31. Juli 1914 an König Georg von England sandte. Der Brief ist ein neuer Beweis für den Friedenswillen Frankreichs in jenen entscheidenden Tagen. Poincaré versucht darin den König Georg zu bestimmen, daß England klar und deutlich zu der Haltung Frankreichs Stellung nehmen möge, weil er darin das letzte Mittel zur Verhinderung des Krieges sieht.

Aus allen Mitteilungen, die wir erhalten, erhellt, daß wenn Deutschland die Gewißheit hat, daß die englische Regierung bei einem Konflikt, bei dem Frankreich engagiert wird, nicht intervenieren würde, der Krieg unvermeidlich sein würde und daß dagegen, wenn Deutschland dessen unweilich wäre, daß gegebenenfalls die Entente verbale bis auf den Schlachtfeldern bewähren würde, die größten Anstrengungen für die ungeheure Fortdauer des Friedens gemacht wären.

Von der Sprache, von dem Verhalten der englischen Regierung hängt, glaube ich, die letzten Möglichkeiten einer friedlichen Lösung ab.

Wir haben von Anfang der Krise an mehrere Verbände eine Erklärung empfohlen, von der sie nicht abgesehen sind; in Uebereinstimmung mit der französischen Regierung und gemäß den letzten Wünschen Sir Edward Grey, werden wir fortfahren, im gleichen Sinne zu handeln.

Aber wenn alle auf Zerschlagung gerichteten Bemühungen von derselben Seite ausgehen und wenn Deutschland und Österreich auf die Unterhaltung Englands rechnen können, werden die Ansprüche Österreichs unzulässig bleiben und ein Einvernehmen zwischen England und ihm unmöglich werden.

Ich bitte die Ziele Ueberzeugung, daß, je mehr in dieser Stunde England, Frankreich und Rußland in ihren diplomatischen Aktionen einen festen Eindruck der Einsicht machen, es um so mehr erforderlich ist, auf die Erhaltung des Friedens zu rechnen.

Bestimmte demerkt dazu: Der Brief war ein Notruf für den Frieden. Einen Erfolg hat er nicht gehabt. Georg V. antwortete am 1. August 1914, die englische Regierung lehnt jede Lösung zu suchen, die den Mächten Zeit gebe, um in Ruhe miteinander zu verhandeln. Wenn sich nichts ergeben ließe, werde sie den gewünschten Schritt tun. Am gleichen Tage ging aber schon von Berlin die Kriegserklärung an Rußland und das auf den Krieg abzielende Ultimatum an Paris ab.

Es handelt sich hier um die Schuld am unmittelbaren Kriegsausbruch. Daß die zu mindestens neun Zehnteln auf den Schultern der verbrecherischen Regierungen Deutschlands und Österreich-Ungarns ruht, diese Feststellung wird durch dieses Dokument erhärtet. Etwas anders ist die Beurteilung der imperialistischen Politik, die den Boden für den Krieg schuf. An ihr haben die Regierungen aller Mächte ihren mehr oder minder großen Anteil.

### Reichswehr-Soldaten.

Berlin, 10. März. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) In den längsten Krawallen in Bayern haben sich Reichswehrosoldaten in hervorragender Weise beteiligt. Ueber ihr Verhalten bei einem bereits kurz gemeldeten Skandal, der in Passau anlässlich einer Theateraufführung für die Gewerkschaften stattfand — es würde ein Lebensbild Kurt Eisners genügen — enthält jetzt ein Telegramm des Berliner Tageblattes wertvolle nähere Angaben. Danach wurde der Skandal im Theaterplanmäßig von zwei Hauptklienten dirigiert. Einmal ab sich um eine gefälschte Bekleidung handelte, waren Reichswehrosoldaten und Soldaten über Partei und Range verteilt. Die Soldaten schickten sich nicht mit antisemitischen Parolen, sondern wäher auch Reichswehrosoldaten auf die Menge und gingen mit Schlagriemen und ahnspangenen Bajonetten, die Offiziere mit Revolvern und Knütteln gegen die Theaterbesucher vor. Wir der Ehrenleiter erklärte, daß er den Vorhang erst herab, als von der Bühne geschrien wurde. Ein sozialistischer Gewerkschaftskreis, der einen der beteiligten Soldaten festhalten lassen wollte, wurde von anderen Reichswehrosoldaten verhaftet und in seiner Zelle von einem Leutnant und andern Militärs der Reichswehr mit eisernen Schlagriemen mehrfach zugerichtet. Ebenso ging es zwei weiteren Reichswehrosoldaten, die beide mit der Regtervorstellung gar nichts zu tun hatten: Die roten Patrone ließen einen der Militärs festhalten, der demütlos geworden war, dann hilflos in seinem Blute liegen. Uebrigens erlitt eine Anzahl von Angehörigen der Passauer Reichswehrabteilung in der dortigen Lokalpresse eine Erklärung, in der sie die Ausschreitungen ihrer Kameraden scharf verurteilten und ihre unverzügliche Entlassung forderten.

### Stundung der Entschädigungsummen.

Konstantinopel, 9. März. Laut Neuwe Kosterdamische Correspondenz Daily Chronicle, daß das Wirtschaftsmessensandem folgenden Hauptpunkte enthalten wird: Die Gerechtigkeit müssen auf ein Mindestmaß herabgesetzt werden. Die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Regierungen sollen gepflegt und äußerste Sparsamkeit den Regierungen und Völkern zur Pflicht gemacht werden. Deutschland soll Zeit gelassen werden, seine Entschädigungen zu bezahlen. Die Entschädigungen sollen als Anleihen für die Anleihen, die die Allierten im Ausland unterbringen, um Kapital zu beschaffen, so zur Wiederherstellung der verarmten Gebiete notwendig ist. Deutschland wird ebenfalls gestattet, Anleihen im Ausland unterzubringen. Man wird ihm bei der Beschaffung von Lebensmitteln und Rohstoffen zur Förderung seines Erzeugnisüberflusses beihilflich sein. Eine internationale Kommissions des Völkerbundes soll gebildet werden. Zur Erzielung des Gleichgewichts der Weltwirtschaft soll der Abschluß internationaler Handelskredite gefördert werden.

### Der Oberste Rat für den Anschluß Beharabiens an Rumänien.

Der Oberste Rat in London beschloß, die Vereinigung Beharabiens mit Rumänien anzuerkennen, sobald die Rumänen sich von ihren augenblicklichen Bedingungen hinsichtlich der sogenannten Clemenceau-Binde zurückgezogen haben. Die zur Festlegung des Zeitpunktes der Abmung ernannte allierte Kommission ist aus London abgefahren.

### Burchbare Explosionskatastrophe.

Benzoll, 9. März. Gegen acht Uhr morgens ist im Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk ein großer Detonations in die Luft gelaufen und hat unter seinen Trümmern annähernd neunzig Arbeiter begraben. Die Zahl der Toten und Verwundeten wird auf annähernd hundert geschätzt. Die Verwundeten wurden in die hiesigen Krankenhäuser geschafft. Da weitere Explosionen befürchtet werden, mußten alle anwesenden Personen die Unfallstätte verlassen. Ueber die Unfallursache der Explosion ist zur Zeit noch nichts bekannt.

Benzoll, 10. März. Nach endgültiger Festlegung hat das Explosionsunglück am Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk Reichsweit insgesamt 14 Tote, 21 Schwerverletzte und eine große Anzahl Leichtverletzte erfordert. Der Schaden ist sehr groß.

### Der Kampf um die Neuwahlen zum Reichstag.

Berlin, 9. März.

In immer heftigerer Weise treiben die alldeutschen Kreise, die in der deutschnationalen Fraktion und in der Fraktion der deutschen Volkspartei ihre politische Vertretung sehen, die Agitation für baldige Reichstagswahlen. Daß diese Agitation nicht aus Liebe zu den demokratischen Einrichtungen betrieben wird, bedarf keines Wortes der Begründung, sind es doch dieselben Kreise, die sich mit Macht gegen jede Reform in Deutschland gestemmt und sie auch verhindert haben. Ihre ärmliche Agitation mußte aber jetzt irgendwie einen sichtbaren Ausdruck finden, und so brachten die beiden genannten Fraktionen einen Antrag ein, die Nationalversammlung solle sich vom 1. Mai an für aufgelöst erklären; der damit noch verbundene Antrag, die Regierung zu fragen, welche Gesetzesvorlagen sie zur Erledigung für dringlich halte, war nur Formsache. Die alldeutschen Kreise glauben bei den kommenden Wahlen große Geschäfte zu machen. So recht trauen sie jedoch dem Landfrieden nicht, daß der augenblickliche Zug des Bürgerturns nach rechts anhalten könnte, darum wollen sie die Konjunktur jetzt ausnützen. Ihre bürgerlichen „Freunde“ in den andern Parteien suchten sie mit ihrem Antrag auf namentliche Abstimmung in eine Zwangslage zu bringen.

Mit besonderer Betonung hat Graf Kosadowsky, der den Antrag zu begründen hatte, darauf hingewiesen, wie der Zug in den andern bürgerlichen Parteien nach rechts gehe; er nannte es ganz richtig Schiebung, worauf ihm zustimmende Zurufe gemacht wurden, die ihn aber nicht aus dem Konzept zu bringen vermochten. Sehr geschickt hat er sonst nicht operiert. Denn er begann seine Rede mit der Bemerkung, es sei dies kein parteipolitischer Antrag und auch kein parteipolitisches Interesse. Drohnende Heiterkeit belehrte ihn, daß er mit den Tiraden aus früherer Zeit von dem sogenannten allgemeinen Interesse keine Wirkung mehr erzielen konnte. Wenn die Reaktionen auf Bauernfang ausgehen, so verbergen sie sorgfältig ihre Absichten und reden immer nur vom allgemeinen vaterländischen Interesse. Worauf es den Herrschaften diesmal ankommt, hat der gräfliche Redner mit dem Sarge ausgesprochen: Wir wollen eine Regierung, worin die bürgerlichen Parteien maßgebend sind. Den jetzigen Zustand der Nationalversammlung bezeichnet er als verfassungswidrig und unnatürlich. Daneben schlug er Töne an, die seinen Nimbus des sozialpolitisch verständigen Aristokraten zerschlagen werden. Er wettete nämlich gegen den Achtstundentag mit einer Heftigkeit, wie es der selbige Stimmruch nicht anders getan hätte, und forderte die Beseitigung dieser Revolutionserregung. Er ließ auch nicht gelten, daß noch dringende Gesetzesvorlagen erledigt werden müßten, sondern meinte, das Wahlgeseh und das Beamten-geseh könnten bis zum 1. Mai erledigt sein, und dann könnten die Wahlen im Juli stattfinden. Jetzt veruche man noch Gesetze zu beraten, die erst für das Jahr 1921 Geltung haben werden, wie beispielsweise das Schul-geseh, das obendrein einen brutalen Eingriff in die heiligsten Erziehungsrechte der Eltern bedeute. Dann ging er zum Angriff gegen die Regierung über und behauptete, sie wolle noch so viel Revolutionserregungsmittel als möglich unter Dach und Fach bringen. Wir hätten keine Demokratie, sondern einen Regierungsabsolutismus, eingekleidet in parlamentarische Formen. An Beispielen suchte er darzutun, wie die Regierung und die Regierungskomitee wortbrüchig seien, denn immer hätten sie gesagt, es sollten nur die notwendigsten Gesetzesvorlagen erledigt und dann die Nationalversammlung aufgelöst werden. Nach dem jetzigen Stand der Dinge aber sähe es, als ob die Nationalversammlung noch bis ins nächste Jahr hienien tagen solle. Mit seiner Behauptung, daß die deutschnationalen mit diesem Antrag den demokratischen Standpunkt vertreten, rief er stürmische Heiterkeit hervor, worauf er den Mehrheitsparteien die Warnung zurief: Es geht eine tiefe innere Erregung durch das Volk; ver-schweigen Sie sich das nicht! Zum Schluß gab er die Erklärung ab, daß die rechtsstehende Opposition nicht eher ruhen werde, bis die jetzige Regierung gestürzt sei, allerdings solle dieses Ziel mit parlamentarischen Mitteln erreicht werden.

Für den Regierungsvertreter und für die Redner der Mehrheitsparteien war es nicht schwer, die Ausführungen des Antragstellers zu widerlegen.

Der Reichsminister des Innern zählte die Gründe auf, die es nach seiner Ansicht der Regierung unmöglich machen, die Neuwahl vor dem Spätherbst vorzunehmen, wobei er auch für diesen Termin noch einen Vorbehalt machte. Die Redner der Mehrheitsparteien polemisierten in der Hauptsache gegen Kosadowsky.